

**Postulat CVP-Fraktion:
«Eltern in die Pflicht nehmen**

Es ist eine altbekannte Erfahrung, die von Lehrpersonen, Polizei- oder Sozialdienst-Mitarbeitenden immer wieder von Neuem bestätigt wird: Wo Jugendliche gewalttätig werden, haben oft deren Eltern ihre Erziehungspflichten vernachlässigt, nicht wahrgenommen oder – aus welchen Gründen auch immer – nicht genügend wahrnehmen können. Dies trifft nicht nur – wie in der emotionalisierten öffentlichen Diskussion oft verkürzt dargestellt – für Migrantenkinder zu, sondern generell in aller Regel für Kinder aus bildungsfernen Schichten im weitesten Sinn, also beispielsweise explizit auch auf Kinder, welche Opfer der oft zitierten Wohlstandsverwahrlosung werden.

Das gesetzlich vorgesehene Instrumentarium, auf welches heute beispielsweise die Schulen zurückgreifen können, um Eltern im Bereich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder in die Pflicht zu nehmen, greift nur ungenügend. Aufgrund der aktuellen Rechtslage sind nur reaktive Massnahmen möglich. Dies gilt sowohl für den Bereich der Sanktionierung als auch für denjenigen der Prävention. So fehlt beispielsweise eine Pflicht zur Absolvierung von Eltern- und Erziehungskursen – insbesondere für bildungsferne Schichten –, welche einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Selbstverantwortung leisten könnten. Die gesellschaftlichen Veränderungen zeigen klar, dass in der Elternbildung im Bereich der Erziehung, Ernährung und Prävention Defizite bestehen, die sich schädlich auswirken. Die Angebots- und Besuchspflicht muss daher gesetzlich geregelt werden.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie und mit welchen gesetzlichen Grundlagen die Eltern im Bereich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder besser gefördert und unterstützt, aber auch in die Pflicht genommen und bei Nichteinhaltung ihrer Pflichten vermehrt belangt werden können.»

18. Februar 2008

CVP-Fraktion